

„Windkraftdiskussion ein gordischer Knoten“

CDU unterstützt Initiative Lärmstop Eggevorland

■ **Bad Lippspringe.** Die CDU in Bad Lippspringe teilt mit, dass sie die Initiative Lärmstop Eggevorland unterstützt. „Es ist absolut richtig und an der Zeit, einen ausgewogenen Konsens zwischen den Interessen der Bürger in unserer Region und den betroffenen Firmen der Energiewirtschaft herbei zu führen,“ sagt Heiner Strate stellvertretend für den Vorstand der Badestädter CDU.

Auch die Initiative der Stadt Salzkotten, die auf eine Lösung des Problems auf Landesebene abzielt und die in der jüngsten Sitzung des Rates der Stadt Bad Lippspringe vorgestellt wurde, findet die einhellige Unterstützung der CDU-Ratsfraktion. „Die Diskussionen und Nutzen und Belastungen rund um die Nutzung der Windkraft ist wie ein gordischer Knoten,“ erklärt CDU-Fraktionschef Walter Strop, „und dieser Knoten kann nur in Düsseldorf durchschlagen werden!“

Die Unionspolitiker in der Kur- und Badestadt halten deshalb auch die Idee, in Bad Lippspringe einen Bürgerentscheid einzuleiten, für sinnlos. Strop: „Das würde uns dann etwas bewegen, wenn dies zeitgleich und landesweit in ganz Nordrhein-Westfalen geschehen würde –

das ist aber derzeit nicht zu erkennen oder zu erwarten.“ Hier sei eindeutig die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf gefordert, heißt es in einer Stellungnahme der CDU Bad Lippspringe.

„Leider zeigt die NRW-Landesregierung bislang jedoch wenig Einsicht in die Interessen der Bürger in unserer Region – ein Blick in den Landesentwicklungsplan (LEP) verschärft diesen ungunstigen Eindruck sogar noch,“ kritisiert Walter Strop.

Die CDU in Bad Lippspringe sieht insgesamt nur wenig Spielraum für Kommunalpolitik und die –Verwaltung, an den bestehen Plänen zum Ausbau der Windkraft Änderungen herbeizuführen – einfach so aufgeben wollen die Unionspolitiker allerdings nicht, so Strop: „Wir bieten allen Parteien in unserer Stadt ein gemeinsames Vorgehen in dieser für unsere Bürgerinnen und Bürger so wichtigen Frage an. Nur wenn alle Verantwortlichen in Politik und Verwaltung Weitblick zeigen und zusammenarbeiten, kann es gelingen, dem ansonsten drohenden Wildwuchs im Bereich Windenergie wirksam entgegen zu treten.“